

Unterhaltsam war es allemal, die Schulausschußsitzung am Montag: Steffi Weigand verlor die Beherrschung, und Ilse Schulz war auch hart an der Grenze zum Kontrollverlust. Die Eltern der Betroffenen (Kinder) waren nah der Verzweiflung ob der Ignoranz des Bürgermeisters.



Also der perfekte Stoff eines Dramas. Wenn nicht der letzte Akt noch die Möglichkeit einer Tragödie böte. Montag-Abend-Tatort.

Eigentlich ist der Schulausschuß ein sehr wichtiger Ausschuß der sich einem sehr brisanten Thema widmete: Es ging um den Fortbestand der Adenstedter Schule.

Aber diskutiert wurde im Ausschuß nicht mehr. Die Fakten schienen allen klar zu sein. Es ging lediglich noch darum, ein paar Statements abzugeben zum eigenen Abstimmungsverhalten.

Denn letztendlich ging es um gar nix. Der Entscheid des Schulausschuß wird bei der Entscheidungsfindung der Ratsabgeordneten auch nur ähnlich oder nicht wahrgenommen, wie der Adenstedter Ortsrat.

Und so sprachen sich dann (mit 5Ja, 3Nein, 3Enth.) in einer namentlichen Abstimmung aus :

Steffi Weigand (Grüne), Patrick Rodaebel (SPD), Werner Bethmann (SPD), Ilse Schulz (FBI),

Marcus Seelis (CDU), **für die Abschaffung der Adenstedter Schule und für den Bürgermeistervorschlag** aus

Boris Lauenroth (CDU), Günter Mertins (CDU) und Cord Pape (Elternvertreter) **gegen die Abschaffung der kleinen Schulen und gegen den Bürgermeistervorschlag** aus.

Und **es enthielten sich** Jörg Roffmann (SPD), Yvonne Herschel (Schulvertreterin) und Jörg Gilgen (SPD).

Was fast überall dann untergegangen ist, anschließend empfahl dieser Ausschuß quasi einstimmig eine massive Kindergartengebühren-erhöhung. Zwar nur für Ilsede. Jedoch die anderen Träger werden sich daran orientieren. In Zeiten wo die hohe Politik von Kita/Kiga-Freiheit diskutiert.

In ihrem Plädoyer bedankte sich Steffi Weigand (Die Grünen) überschwenglich bei der Verwaltung und dem Bürgermeister für die hervorragende Arbeit zur Verwaltungsvorlage. Sie sah sie als umfangreich an, als detailliert erarbeitet, und sie böte eine gute Grundlage für eine Entscheidung. Sie meinte, die Verwaltung habe ihren Job gut gemacht. Nach einer genauen Prüfung aller Aspekte würden die Grünen „voll zustimmen“.

Sie begann: „Ich bin dem Gemeinderat verpflichtet, und ...“ nicht den Bürgern ... kam dann als

Zuruf, welches zu starker geteilter Stimmung im Saal führte. Sie führte weiter aus, das sei für sie keine Entscheidung gegen Kinder, Eltern, Schule – sondern für die Zukunft.

Im Vordergrund stehe für sie das „Pädagogische Argument“. So sah sie die Argumente für mehrzügige Schulen als „wertiger“ an, da sie primär mehr Ressourcen für größere Kollegien böten.

Sie nihilierte, daß in kleinen Klassen besser gelehrt werden könne, dieses sei ihrer Meinung nach in keiner Studie bestätigt worden. Ganz im Gegenteil sah sie eine Mindestgruppengröße als vorteilhaft an: Eine Kleingruppe möge einen beschützenden Rahmen bedeuten, doch „wo gibt es in der Gesellschaft schon Harmonie“ schloß sie den Satz. Sie gipfelte in der Ansicht, wo Gewaltkonflikte aufträten, (und auch bei den Bustransporten) die Kinder „wüchsen an ihren Aufgaben“.

Bei den Grünen hätten sie auch die finanziellen Aspekte betrachtet, und hätten „keinen Zweifel an der Kostenrechnung des Bürgermeisters“. Sie seien überzeugt, daß ein Neubau günstiger ausfallen wird.

Mutig meinte sie, daß Adenstedt und Groß Lafferde ein reiches und stabiles Gemeindeleben habe, daß sie selbst diesen Kahlschlag aushalten werden. Schließlich müsse sie eine Entscheidung der Gemeinde über die (mittlerweile: achtung:) „nächsten 50 Jahre“ treffen und tragen.

Sie bekannte, in den Grundschulen würden die Bausteine für die Entwicklung der Kinder gelegt. Daher ihre Wahl. Abschaffung der Adenstedter Schule.

Marcus Seelis (dem Publikum zugewandt) resümierte seine Erfahrungen aus den intensiven und emotionalen Diskussionen. Er sah sich als Einzelfall innerhalb der CDU-Fraktion. Er

bekannte, es sei ein hohes Gut, in Kinder zu investieren.

Zur Frage ob Neubau oder Ertüchtigung sah er beide als preislich ähnlich. Allerdings sah er eine Handlungsnotwendigkeit (Barrierefreiheit, Inklusion, Forderung nach kleinen Arbeitsräumen) bei der es besser sei, das Heft des Handelns in der Hand zu behalten, statt von oben verordnet zu bekommen.

Ja, er sehe einen Elternwunsch nach Ganztagschulen. So würden etliche Kinder aus ihrem Schulbezirk abwandern, um eine Ganztagschule zu besuchen. Er betonte den Allgemeinplatz die Welt würde sich weiterentwickeln, und die Schule 2020 würde anders aussehen, als gestern, ohne dieses zu spezifizieren.

Er sah Mängel in der Qualität der Vorlage, doch dieses sei für ihn keine primäre Finanzentscheidung. Er sah die Ansätze bei den Renovierungskosten als zu günstig angesetzt, und als zeitlich schwierig durchzuführen.

Somit wolle er nicht das Risiko eingehen, „aus Nostalgie den Kindern die Chance für Bildung zu nehmen“.

Werner Bethmann (SPD) meinte, „als Politiker sind wir gezwungen, Entscheidungen zu treffen, die einigen weh tun“. Das war für ihn kein Problem. Ohne es weiter auszuführen sah er aber im Denkmalschutz vehemente Probleme. Er sah „keine Energiesanierungsmöglichkeiten“ (*bei lautem Widerspruch aus dem Saal*) und sah die neue Schule „ausgerichtet auf gute Pädagogik“.

Zum Thema "stirbt die Schule, stirbt der Ort" berichtete er von seiner eigenen Jugend. Er meinte, es gehe nicht um die Eltern, was die wollen, sondern es ginge ihm allein um die Kinder. Er selber sei als Kind gern Bus gefahren. Und meinte verklärend zusammenfassend

sein Plädoyer abschließend: „Kinder sind froh, daß sie nicht mit Mama und Papa zur Schule müssen“.

Ilse Schulz (FBI) sah nicht eine Sekunde das Publikum an, sondern wandte sich ausschließlich an den Ausschuß: Sie begann mit der Feststellung, „was heute abläuft, ist ein Trauerspiel“ – womit sie ungeahnten riesigen Applaus im Publikum erntete. Sie meinte jedoch, es würde mit Diffamierungen und lebensbedrohlichen Anwürfen gearbeitet werden. Sie gipfelte: „Was sind das für Leute, die ihren Kindern eine moderne Schule verweigern“ würden. Betonte aber im Nebensatz, daß deren Argumente bei ihr links rein und rechts rausgehen würden. Sie bedankte sich beim BM und Frau Mailand für das gut ausdifferenzierte Papier und meinte, die FBI werde zustimmen.

Euphorisch verklärt belegte sie den Allgemeinplatz, daß sich die Gemeinde auf den Weg in die Zukunft begibt. Bei Gesprächen mit Bürgern aus der Feldstraße würden sich diese auf die neue Schule freuen. Nach einer Studie der BertelsmannStiftung gehe sie davon aus, daß ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbeschulung in der Grundschule bis 2025 beschlossen werden soll.

Klar. Bildung kostet Geld. Wenn wir nicht in Bildung investieren würden, sägten wir den Ast ab, der die Zukunft unserer Gesellschaft trägt.

Die neue Schule sieht sie nicht als große Schule, sondern hätte für sie genau die richtige Größe. Sie sah in der Tat massive Probleme bei großen Schulen, und führte die 12-zügige Schule Roderbruch an, die in Vollzeit 2 Handwerker beschäftige, die entstandenen täglichen Schäden zu reparieren. 3-zügig sei jedoch kein Weg dahin, sondern sei noch „gut zu handeln“. Ja, und postulierend: kleine Klassen – das ist nicht das Optimum.

Für sie und die FBI gäbe es in der Studie keine „unüberwindbaren“ Schwierigkeiten. Sie betonte, daß die Kinder stolz seien und gereift am Busfahren. Schüler im Grundschulalter seien neugierig, offen für Neuerungen. Das Busfahren würde sie stärken im Zusammenleben.

Auch in der Nachnutzung der Altgebäude habe die Gemeinde gute Möglichkeiten aufgezeigt.

Sie plane eine Schule für Kinder, und die sind leistungsfähiger und begeisterungsfähiger, als deren Eltern vermuten. Für sie zeige die Machbarkeitsstudie somit eindeutig einen Vorteil für den Neubau.

Günter Mertins (CDU) wandte sich (zum Leidwesen Steffi Weigands) dem Publikum zu und berichtete von damals, als in Alt-Ilse die Entscheidung getroffen wurde, die kleinen Schulen zu schließen.

Solschen kam zu Klein Büten und anschließend nach Ölsburg. Er war damals dafür. Nun sei er aber älter und reifer geworden.

Er berichtete, daß heute in der großen Schule in Ölsburg Mobbing gang und gäbe wäre. Und er habe im eigenen Umfeld einen Jungen, der partout nicht nach Ölsburg wolle. Er gab zu, „damals nicht alles richtig gemacht“ zu haben, und „würde das so nicht wieder beschließen“.

Die Kinderzahlen steigen. Ölsburg sei mit 260 Kindern überfüllt. Könnte man nicht die Gelegenheit beim Schopfe ergreifen, und die Solschener Kinder mit nach Adenstedt schicken. Dort wäre eine Beschulung im Freundes- und örtlichem Umfeld möglich. Dises ist nicht bedacht worden.

Welche Not gäbe es, den Beschluß nun ganz schnell umzusetzen? Nötig wäre es zuerst einmal ein Leitbild Schule 2020 zu schaffen. Wir hätten in Ilse noch genügend finanziell offene Baustellen. Soll nun die Schule auch noch dazu kommen? Um dann kulminierend den Bürgermeister nach der Anzahl der Tassen im Schrank zu befragen.

Boris Lauenroth (CDU) sah in dem Bürgermeisterpapier den Elternwillen nicht ausreichend berücksichtigt. Lang war die Liste seiner Kritikpunkte: Auch die Busbeförderung habe man schlecht und nur oberflächlich eingearbeitet.

Bei der Maxime, das Gebäude sei der dritte Pädagoge, hätte man in dem Papier jedoch den ersten und zweiten Pädagogen außer Acht gelassen.

3-zügigkeit sei für ihn keine Lösung, sondern eine Problemlösung. Er sah die Fixierung auf Schaffung von Konrektorenstellen als schwierig an, aber auch anders lösbar.

Brandschutz, Denkmalschutz und Inklusion dürften keine Totschlagargumente sein, sondern können auch dezentral gut angegangen werden.

Den Ortschaften würde mit der Verwaltungsvorlage Attraktivität genommen.

In der Berechnung sei der neue Schulstandort nicht richtig bilanziert. Auch fehlen die Finanzierungsmöglichkeiten für Sanierung.

Auch die Ortsräte werden nicht wahrgenommen. Summasummarum ist die Vorlage nicht geeignet, zu entscheiden.

Cord Pape (als Elternvertreter) meinte, daß eine neue Schule bei den bisherigen Problemlösungen seiner Arbeit keinerlei Vorteile bringen würde. Auch die Integration klappe an den bisherigen Standorten hervorragend.

Als Pädagogen stünden besonders motivierte Lehrkräfte zur Verfügung. Die Lehre würde sich daher auch an einer neuen Schule nicht verändern. Er mahnte, man solle aufhören, die bestehenden Schulen schlecht zu reden. Dieses sei keineswegs der Fall.

Angezeigte Brand- und Denkmalschutzprobleme seien gar keine, da überwiegend lösbar. Er resumierte, die Schulen haben sich 110 Jahre bewährt und sind überaus attraktiv.

Die Elternschaft sieht dagegen sogar etliche Vorteile: ein kurzer sicherer flexibler Schulweg. Die gleichen Kinder sind in der Schule, als auch der Nachbarschaft. Sollte einmal was passieren, dann sind Eltern oder Großeltern in direkter Rufweite und in 5 Minuten vor Ort. Keine Angewiesenheit auf die 4 Buszeiten ermöglicht eine Flexibilität – egal ob 13.00 oder 14.00 Uhr, egal ob ein Kind mal die Zeit vertrödelte hat, oder kurz noch den Lehrer sprechen mußte.

Das Umfeld bleibt gleich, Man sieht sich im Dorf. Das ergibt kurze informelle Kommunikationswege. Es fehlen alle Probleme der weiterführenden Schulen.

Da auch den Abgeordneten in Hannover und Berlin Projekte älterer Infrastruktur in ländlichen Räumen klar sei, gäbe es diverse Investitions-Programme für Schulen, wie KIP2.

Der Gemeinde-Elternrat bekennt sich daher klar zu den bisherigen Standorten, und empfiehlt die Beschlußvorlage 622/2018 abzulehnen.

Jörg Gilgen beschrieb seinen Meinungsbildungsprozeß damit, daß ihm anfänglich der Erhalt der Schulen klar war. Jedoch sprachen seiner Meinung die pädagogische Sicht und die bauliche Sicht für einen Neubau.

Mit der zweiten Machbarkeitsstudie seien nun die Baukosten präzisiert, und die Bustransportkosten ermittelt worden, als auch ein Schulstandort festgelegt. Die Nachnutzung der alten Gebäude läßt eine positive Entwicklung erwarten. Die Busentfernung taxierte er mit 10 Minuten, und sah dieses als kein Problem. Er hielt die Kosten für einen Neubau für verlässlich, jedoch vermutete er bei den Umbaukosten Schulen noch Unwägbarkeiten. Er war irritiert von den Anfeindungen gegen Nico Kappe, Jörg Roffmann und Jens-Uwe Könnecker – und hielt diese für nicht hilfreich eines positiven Demokratieverständnisses.

An ihm läge es nun die beste Variante zu finden für die Bildung der Kinder. Er glaube, daß den Menschen bewußt geworden ist, daß ein Erhalten machbar sei, aber nur die zweitbeste Lösung sei. Den Befürwortern des Neubaus in seiner Partei ist es jedoch nicht gelungen die Menschen davon zu überzeugen. Das bedeutet eine denkbar knappe Entscheidung am Donnerstag. Eine Entscheidung zu diesem Zeitpunkt in dieser Sache ist gegen den sozialen Frieden in den Ortschaften.

Als Vorsitzender des Fachausschusses und als Mitglied der SPD, der Partei die bei der Wahl die meisten Stimmen bekommen hat, meinte er wir müßten das Vertrauen zurückgewinnen. Daher sei hier oberste Priorität den sozialen Frieden zu erhalten.

Aus diesen Gründen ist er zu der Überzeugung gekommen, sich nun zu enthalten.

(Der Autor dieser Zeilen zollt ihm dafür Hochachtung!)

Zuvor war jedoch auch bei dieser Sitzung wieder Bürgerfragestunde. Fast erschreckend, aber so, wie in den anderen Fragestunden wünschte nicht ein Befürworter das Wort, sondern jedweder Beitrag war Kritik am Papier des Bürgermeisters, bzw. der Studien.

So kritisierte Gisela Jansen (HWG) erneut die Standortwahl Feldstraße als extreme Randlage, und bringt das Hüttengelände mit der Gebläsehalle als Aula ins Spiel, und würde am liebsten die Ilseder Schule auch dahin umziehen. Bürgermeister Fründt meinte, es gäbe keine alternative Fläche, und es müßten keine Einwohner Gadenstedts mit dem Bus transportiert werden. Bei Zurufen „Brockenblick und Zitterfeld“ meinte er, ja, „das sähen die Eltern anders“. Im übrigen sah er die Feldstraße als allgemeine Zubringersraße, und deren Erhaltungskosten nicht in die Schulkosten einrechenbar.

Ein Bürger kritisierte, daß die Diskussion merkwürdig sei, da bis heute nicht ein triftiger Grund vorgebracht wurde, warum eine neue Schule gebaut werden müsse. Die ursprünglichen herbeigezogenen Gründe Bausubstanz und Pädagogik stellten sich ja nun als unproblematisch heraus. Dieses sah BM Fründt naturgemäß anders. Er sah pädagogische Vorteile. Er sah finanzielle Vorteile, wo doch nebenan in Stederdorf aktuell eine Schule für 8,4Mio€ entstünde (bei Zurufen aus dem Publikum: ohne Turnhalle, ohne Grundstück (KG100), ohne HOAI, ohne Erschließung, ohne Gartenbau). Er sah einen Mehrwert in zusätzlichen Räumen. Er meinte, ein Neubau sei eine Investition in die Zukunft, auch wenn sie jetzt teurer erscheine. Auch sah er die Frage Neubau vs Sanierung durchaus als abgewogen an.

Ein Bürger kritisierte das Sozialverhalten von Kindern bei Busbeförderung, und meinte, daß das Sozialverhalten, als auch die Kriminalität in kleinen Schulen besser sei.

Eine Bürgerin war verwundert über die Eile, warum uns denn die Zeit weglaufe?

Ein älterer Bürger vermißte die gleichwertige Machbarkeitsstudie für den Schulerhalt der 3 Schulen und bemängelte, daß hier die Ilseder Ratsherren über Lahstedter Schulen entscheiden würden.

Eine Bürgerin vermißte eine realistische Gegenüberstellung Sanierung Altbauten vs Neubaukosten. Der BM meinte, nach Abschätzung würde die 3 Renovierungen ca 5,3 Mio€ kosten, ohne zusätzliche Differenzierungsräume und Ruheräume, die ein Ganztagschulbedarf hätte.

Eine Lehrerin und Pädagogin fand es prinzipiell positiv, daß in Bildung investiert werden solle. Bemängelte jedoch, daß die Verwaltung nur 2 Busfahrten für die Schüler anbieten wolle (1. und 2. Stunde hin, und 6. und 8. Stunde zurück) – welches der BM als „andere Auffassung als wir“ zurückwies. Dieses sei dann keine offene, sondern eine gebundene, eine Zwangsbetreuung. Aus ihrer Praxis sah sie mehr Problemfälle im Klassenverband einer großen Schule, als in einer kleinen Schule.

Prinzipiell fehle der Vorlage die Grundlage: das Nutzungskonzept der großen Schule. Ohne ein solches sei diese Vorlage nicht abstimmungsfähig – woraufhin der BM schnell das Nutzungskonzept der Stederdorfer Schule als dem der neuen Schule äquivalent gegenüberstellte

Sie selber sei von einer alten an eine neue große Schule umgezogen. An ihrer Pädagogik habe sich durch den neuen Bau nichts geändert. Klar freue sie sich über neue Möglichkeiten, wie SmartBoards (die aber nicht Neubauspezifisch sind) doch wie oft stehe sie da, daß diese Dinge nicht funktionieren würden.

Ihr Vorschlag war ein Verschieben der Entscheidung, bis ein pädagogisches Nutzungskonzept vorliegt, denn ohne ein solches könne man nicht entscheiden. „Wenn man mir eine neue Wohnung anbietet, frage ich doch auch, wieviel Zimmer darin sind?“

Eine Bürgerin bemängelte die Auswertung der Elternbefragung. Mit den Worten „hätte ich das so abgegeben, hätte meine Professorin mir diese Arbeit um die Ohren gehauen“

Sie sprach davon, daß die wichtigsten Güte-Kriterien für eine statistische Auswertung, die [Objektivität, Reliabilität und Validität](#) verletzt würden. Auch die Fragegestaltung sei beeinflussend gewesen, und verletzte die

Grundsätze der Marktforschung nachdem KISS-Prinzip (keep it simple). Auf die Frage nach der Beschulung zum Beispiel gab es als Antworten offene oder geschlossene Ganztagschule. Was komplett fehlte war der Punkt gar keine Ganztagschule, sondern eine normale Schule, wie sie zur Zeit vorhanden ist. Es sei klar, was dann als Auswertung nur herauskommen kann. Auch die Finanzierung der Ganztagsbetreuung sei hier uneinsichtig, bzw. ungeklärt. Selbst bei Beachtung der Aussageunfähigkeit der Fragebogen-Aktion seien für sie noch ganz klar eine Zweitrangigkeit des Ganztagesaspektes erkennbar und vorrangig die Aspekte kurze Schulwege, viel Zeit für die Kinder zur Entwicklung. Sie konkludierte mit Pippi Langstrumpf: „ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt“.

Sandra Mailand rechtfertigte sich, daß der Fragebogen im Vorfeld mit der Landesschulbehörde abgestimmt war.

Eine Elternvertreterin der Adenstedter Grundschule bemängelte ebenfalls, daß die Fragen so gestellt waren, welche Art von Ganztagschule man wolle. Gar keine Ganztagschule konnte man nicht antworten. Ihrer Meinung nach habe Frau Mailand auch letztes Jahr wohl zugegeben, daß die Fragen diesbezüglich etwas unglücklich gestellt waren. Die Elternvertreter der Grundschule Adenstedt haben sich in dieser Umfrage nicht wiederfinden können. Somit haben sie eine neue Umfrage erstellt. Diese ergab: Grundschule im Ort, familiäre Atmosphäre und nur nachrangig eine Ganztagsbetreuung.

Ihr stellte sich die Frage, warum der Elternwille mit einer so fraglichen Umfrage so mißachtet wird.

Jörg Gilgen versuchte sich zu rechtfertigen, daß die Nachfrage nach Plätzen dieses ja zeigen würde. In Groß Lafferde würden z.B. 50% der Kinder das Nachmittagsangebot wahrnehmen. Außerdem meint er: erst wenn eine Schule gebaut ist, erst dann fängt man an, das pädagogische Konzept zu machen.

Eine Bürgerin rief noch einmal den Koalitionsvertrag SPD/CDU Nds. in Erinnerung, nachdem ein vielfältiges Schulangebot, wohnungsnah zu realisieren ist. Auch der Schulträger solle eine Schulstruktur vor Ort entwickeln. Sie redete sich in Rage: „Da haben wir das Ziel erreicht, für Ilse eine bunte Schullandschaft flächendeckend – und das wollen sie alles kaputt machen?“

Für Jörg Gilgen ist eine zentrale Schule in Gadenstedt (auch für die Adenstedter) jedoch noch „wohnnah“, sie müsse nicht zwingend im Wohnort liegen.

Sie sah es als Gemeindeaufgabe an, ein Schulangebot zu machen. Dann können die Eltern selber entscheiden, auf welche Schule sie die Kinder schicken, auf eine Ganztagschule, eine heimische Schule oder wenn sie möchten nach Ölsburg in die Löwenburg. Daß die Gemeinde nun den Eltern vorschreibt die Kinder alleinig in eine ferne Ganztagschule zu schicken mochte sie nicht einsehen.

Ferner warf sie den Ausschußmitgliedern vor, sich politisch für Ilsede zu äußern, daß die Ilseder Schullandschaft mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium in seiner jetzigen Form erhalten bleiben soll – warum würde/könne dieses für die Adenstedter und Lafferder Schule nicht ebenso gelten?

Den Sparkassenvolkswirt Rodaebel fragte sie, wenn sie nach einem Gebäude-Kredit nachfrage, mit unbekannter Summe, welche sie nicht definieren könne, unerschlossen, ohne Zuwege, evtl. mit Photovoltaik, bei schwacher Liquidität – würden sie mir einen Kredit geben?

Herr Rodaebel verriet seine Gesinnung dann mit der angeblichen Äquivalenz, ob man 8 Mio€ (sic!) auf einmal oder 3 mal 3 Mio€ aufnehmen würde, und daß ein „öffentlicher Bauherr“ ja nicht mit einem privaten vergleichbar sei.

Eine Bürgerin fragte beziehend auf die 955.000€ Kosten für die Stederdorfer Turnhallensanierung, ob bei den angesetzten Kosten von 400.000€ für einen Neubau nicht eine Null vergessen sei. Welches BM Fründt jedoch abwiegelte, da seiner Meinung nach 800.000-900.000€ dafür verplant seien.

Beziehend auf einen Zeitungsartikel sah ein Elternvertreter die Finanzierungspläne als skandalös an, sah die Wahlversprechen als nicht eingehalten, und hatte kein Vertrauen nun das Großprojekt als klamme Kommune über den Zaun zu brechen.

Ein Bürger wies noch einmal daraufhin, daß die Grundstücke volkswirtschaftlich an Wert

verlieren, wenn die Schule aus dem Ort geht. BM Fründt wies dieses zurück.

update: Nach 3 Monaten [gibt es bereits das Protokoll der Sitzung](#)